

BERND HÜTTNER, NORBERT SCHEPERS

Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007: DIE LINKE im Westen angekommen?

Mit diesem Wahlergebnis hatte niemand gerechnet. DIE LINKE erzielt bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 8,4 Prozent (23.189 Stimmen; in der Stadt Bremen 8,7 Prozent) und erreicht damit ihr Ziel, erstmals in ein westdeutsches Landesparlament einzuziehen. Zugleich übertrifft das konkrete Ergebnis die Hoffnungen aller Beteiligten, welche angesichts der kurzfristigen Umfragewerte nicht mehr an das Erreichen der selbst gesteckten Zielmarke von „7 Prozent plus X“ glauben mochten. Ein Erfolg auf der ganzen Linie, auch für die neue linke Partei insgesamt, die nun den ersten und symbolträchtigen Wahlerfolg bei einer Landtagswahl in den alten Bundesländern vorweisen kann, pünktlich zu ihrem Gründungsparteitag knapp fünf Wochen nach den Bremer Wahlen. Somit kann vorweg genommen auch gesagt werden, dass DIE LINKE den Sprung geschafft hat, welcher der „alten“ PDS nicht vergönnt war und – zumindest vorläufig – tatsächlich im Westen angekommen ist.

DIE LINKE steigert mit dieser Wahl ihr prozentuales Ergebnis im Lande Bremen leicht im Vergleich zu der Bundestagswahl 2005 (Land Bremen 8,3 Prozent, 29940 Zweitstimmen). Damit wird DIE LINKE über eine Fraktion mit sieben Sitzen verfügen. Auf der Ebene der Bremer Ortsbeiräte (hier kandidierte DIE LINKE in 16 von 22), erzielte DIE LINKE 20.239 Stimmen und erhält 27 Sitze. In drei Beiratsbereichen, in denen jeweils ein zweiter Sitz erzielt wurde, verfallen diese Mandate, da hier jeweils nur eine KandidatIn aufgestellt wurde.

Die beiden Volksparteien, die in Bremen seit zwölf Jahren eine große Koalition bilden, wurden im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2003 abgestraft (SPD minus 5,5 Prozentpunkte, CDU minus 4,1 Prozentpunkte). Die Grünen konnten prozentual und in absoluten Stimmen zulegen. Ihr Ergebnis ermöglicht ihnen den Eintritt in die Regierung und damit das Ende der großen Koalition – ein Ereignis das in Bremen ohne größere Erregung zur Kenntnis genommen wird, große Hoffnungen sind mit

ihm offenbar nicht verknüpft. Zu einem Einzug von rechtsextremen Parteien in Fraktionsstärke kam es nicht.

I. Wahlsystem – was wurde gewählt

Das Bundesland Bremen, in dem am 13. Mai 2007 die einzige Landtagswahl des Jahres stattfand, besteht aus den beiden Städten Bremen und Bremerhaven (548.000 bzw. 116.000 EinwohnerInnen). Rund 486.000 Menschen waren wahlberechtigt. Gewählt wurde die Bürgerschaft, mit 83 Mitgliedern und die 22 Stadtteilbeiräte (mit 330 Sitzen), es finden gleichzeitig Kommunal- und Landtagswahlen statt.

Die beiden Städte werden getrennt ausgezählt, Bremen hat 68 und Bremerhaven 15 Sitze in der Bürgerschaft (Landtag). Die 68 Sitze bilden die Stadtbürgerschaft, das kommunale Parlament der Stadt Bremen. Die Fünfprozenthürde gilt für beide Städte getrennt, das bedeutet, wenn eine Partei die Fünfprozenthürde in Bremerhaven überschreitet, kann sie Abgeordnete entsenden.

Bei den Stadtteilbeiräten gibt es keine Fünfprozenthürde, hierfür waren auch 16- und 17-jährige wahlberechtigt. Es wird nach einem starren Verhältniswahlsystem gewählt, das bedeutet jeder WählerIn hat zwei Stimmen, eine für die Liste zur Bürgerschaft und eine für die Stadtteilbeiräte. Das bei Wahlen in anderen Bundesländern mögliche Verteilen von mehreren Stimmen auf eine oder mehrere Listen und/oder KandidatInnen (Kumulieren und Panaschieren) ist nicht möglich. Dies einzuführen war zentrale Forderung (neben einigen Erleichterungen für direkte Demokratie) des für größere öffentliche Debatten sorgenden Volksbegehrens, das im Jahr 2006 über 65.000 BremerInnen (also über 15 Prozent der Wahlberechtigten) unterzeichneten. Dies war das erste erfolgreiche Volksbegehren in der Geschichte des Landes Bremen. Seine Forderungen werden nun erst zur nächsten Bürgerschaftswahl umgesetzt, was für viel Kritik und Unmut unter der Bevölkerung sorgte¹.

II. Der Wahlkampf

Der Wahlkampf kann insgesamt als ruhig angesehen werden, nach der Wahl wurde er als „langweilig und uncharismatisch“ bezeichnet². Die Titelchancen in der Bundesliga des Werder Bremen und die Wechselabsichten des Weltmeisterschaftstorschützenkönigs und Werder Spielers Miroslav Klose zum in Bremen verhassten Verein FC Bayern München zogen bis in die Spätphase des Wahlkampfs die Aufmerksamkeit auf sich.

Es gab zwei nennenswerte, öffentlich verhandelte Konflikte:

Die CDU versuchte den Fall der in Bremen als Lehrerin arbeitenden ehemaligen Angehörigen der Roten Armee Fraktion Susanne Albrecht zu funktionalisieren und fiel – vermutlich auch um rechte WählerInnen zu mobilisieren – in ein altes „Rache statt Rechtsstaat“-Denken. Dieses Vorhaben stieß in der Verwaltung, bei SPD, Grünen und LINKEN sowie bei den Eltern der betroffenen SchülerInnen auf breiten Widerstand und kann als gescheitert angesehen werden.

Auf öffentliches Interesse stieß der Auftritt von SPD-Spitzenkandidat Böhrnsen bei einer morgendlichen Personalversammlung der Bremer LehrerInnen. Bildungsminister Lemke (SPD) hatte es bislang abgelehnt, vormittags dort aufzutreten, da durch diese Terminwahl zuviel Unterricht ausfalle. Dieses Ereignis besaß hohen symbolischen Charakter, da sich in ihm die Debatte um den Stellenwert des öffentlichen Dienstes in Bremen widerspiegelt. Lemke hatte bislang so argumentiert, dass schließlich auch der Nachmittag Arbeitszeit der LehrerInnen sei und damit implizit angedeutet, dass die Teilnahme der LehrerInnen an Personalversammlungen am Nachmittag weit geringer ausfallen würde. Die mediale Interpretation dieses Ereignisses war, dass Böhrnsen seinem Senator in den Rücken falle und damit vor dem öffentlichen Dienst einknicke.

Die lokale Monopolpresse der Bremer Tageszeitungen (Weser Kurier, Bremer Nachrichten) propagiert für gewöhnlich in ihren Kommentaren das TINA-Prinzip (there is no alternative). Diese die Mythen des Neoliberalismus verstärkende Botschaft lautet allwöchentlich: Sparen und Investieren. Man dürfte nicht mehr ausgeben, als man einnehme, da der Staatshaushalt wie der einer Familie zu betrachten sei. Das Hochhalten alternativer Sachzwänge hielt das Monopolblatt aber nicht davon ab – zusammen mit anderen – eine Kampagne „Bremen ist mir nicht egal – Wählen gehen“ gegen die drohende sinkende Wahlbeteiligung durchzuführen. Zu seinem öffentlichen Wahlkampfforum lud der Weser Kurier DIE LINKE zwar erst gar nicht ein, berichtete sonst aber relativ ausgewogen und fair.

Der Wahlkampf der LINKEN

war von den Formen und der Gestaltung her bunter und breiter als bei den meisten bisherigen Wahlkämpfen der LINKEN in Bremen. So wurden zum ersten Mal Großflächen für eine Landtagswahl angemietet, es fand ein regelrechter Straßenwahlkampf statt, der – nicht zuletzt mit Hilfe des Slogans „Hier ist die Linke“ – selbstbewusst auf die Menschen zuing und das Gespräch suchte. Das Internetangebot war im Vergleich zu vorher weit professioneller und wurde aktuell gepflegt. Der Wahlkampf gab als Ziel optimistische „Sieben Prozent plus X“ aus und richtete sich vor allem an von Armut und Ausgrenzung Betroffene und Bedrohte. Der Bezug zu sozialen Bewegungen war allerdings gering. DIE LINKE beteiligte sich am 1. Mai-Umzug und lud zu einer Reihe mit 15 relativ überraschungslosen und folgerichtig mäßig besuchten Abendveranstaltungen mit Bundestagsabgeordneten ein. Öffentlichkeitswirksamer waren zwei Konferenzen der Bundestagsfraktion DIE LINKE in Bremen zu den Themen Armut und Kommunalpolitik. Die Präsenz und Beteiligung der Bundesebene der LINKEN war intensiv und ebenfalls breiter als bei früheren Kampagnen. Ferner wurden 300.000 Briefe per Hauswurfsendung an die WählerInnen verteilt und attraktive Werbepostkarten in Kneipen ausgelegt oder vor einem Heimspiel von Werder Bremen am Stadion verteilt.

Die zentrale Botschaft innerhalb des optisch durchgehend gestalteten und auch durchgehaltenen Konzeptes lautete „Hier ist die Linke“. Diesen Claim fanden viele Aktive anfangs unpolitisch, er kann aber als erfolgreich gelten. Damit wurde die Marke DIE LINKE, sowohl im Sinne von *neu* als auch von *vereinigt*, wirkungsvoll eingesetzt und gleichzeitig ein selbstbewusstes Image kommuniziert und auch im Straßenwahlkampf erfolgreich umgesetzt.

Das Programm der LINKEN

hatte einen eindeutigen Umverteilungsschwerpunkt: gegen Privatisierung und fragwürdige Prestigeprojekte, für mehr Geld und Personal für Bildung und Soziales, für die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und einen Mindestlohn³. Schon im Vorfeld des Wahlkampfes wurde eine Kampagne für ein Sozialticket gestartet. Diese Programmatik war aber thematisch enger, wenn nicht gar konservativer als die Beschlusslage der LINKEN auf Bundesebene. Andere Themen fehlten weitgehend, so waren die Programmeile zu Antirassismus und Geschlechtergerechtigkeit unbefriedigend, obwohl in Bremen z.B. fast 15 Prozent aller EinwohnerInnen und 46 Prozent aller Kindergartenkinder einen Migrationshintergrund haben⁴. Die Aus-

1 Siehe <http://bremen-nds.mehr-demokratie.de/979.html>

2 Bremer Anzeiger, 16.5.2007

3 11 Punkte-Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven, siehe www.dielinke-bremen.de/wahl_2007/das_programm Eine Langfassung ist erhältlich, spielte im Wahlkampf aber keine Rolle.

sagen zu Frauenpolitik beschränkten sich auf Quotierung im öffentlichen Dienst und fallen damit hinter den andernorts erreichten Stand von Gleichberechtigung und Frauenförderung als Querschnittsaufgabe zurück⁵. Das moderne urbane Prekariat der Kultur- und WissensarbeiterInnen wurde programmatisch nicht angesprochen⁶. Das gleiche gilt für Lesben und Schwule, die in einer Stadt wie Bremen einen Bevölkerungsanteil von um die 10 Prozent und damit auch ein nennenswertes Potential an WählerInnen ausmachen. Adressat des Programms war in erster Linie der Staat, die Zivilgesellschaft und ehrenamtliche oder politische Initiativen kamen kaum vor⁷. Die BürgerInnen werden in erster Linie als Opfer neoliberaler Maßnahmen beschrieben, nicht als mögliche AkteurInnen gesellschaftlicher Veränderung.

DIE LINKE trat als entschiedene Vertreterin sozialer Ansprüche und Rechte auf, was von ihren WählerInnen angenommen wurde und entscheidend zu ihrem Wahlerfolg beitrug. Dies zeigt unter anderem die Untersuchung der „wahlentscheidenden Themen“. Hier waren zwei Aspekte für alle WählerInnen am wichtigsten: Fragen der sozialen Gerechtigkeit (31 Prozent) und wirtschaftspolitische Motive (30 Prozent). Für die WählerInnen der LINKEN stand soziale Gerechtigkeit ganz weit oben (69 Prozent), gefolgt von Arbeitsmarktpolitik (33 Prozent) und Schul- und Bildungspolitik (17 Prozent), sowie dann Wirtschaftspolitik (16 Prozent)⁸.

Die Linkspartei steht auch in Bremen in wichtigen Fragen auf prinzipielle Weise für Forderungen, die in der Gesellschaft insgesamt und auch bei den AnhängerInnen der anderen demokratischen Parteien mehrheitsfähig sind – nur eben von diesen anderen Parteien so nicht oder nicht mehr vertreten werden.

Der Wahlkampf der anderen Parteien

Der Wahlkampf der CDU richtete sich an dem Modell der CDU als einer modernen Großstadtpartei aus. Sie trat für mehr Kinderbetreuung ein und verteilte Postkarten gegen Lohndumping (und hängte sich damit an die Mindestlohn-Debatte an). Aus Hamburg wurde das von Ole Beust erfundene Instrument eines temporären, öffentlich zugänglichen Cafés importiert und so bekam Bremen das nach dem Spitzenkandidaten und Innensenator Röwekamp benannte „Café Röwekämp“.

4 Es gab trotz Schwächen im Programm auf der Landesliste und auch auf Beiratsstufe ein personelles Angebot für migrantische WählerInnen.

5 Einen Eindruck geben die Frauenpolitischen Forderungen zur Bürgerschaftswahl 2007 der staatlichen bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, Br., Bremen 2007, www.zgf.bremen.de

6 Vgl. Eiken Bruhn: Die Durchwurstler, in taz 28.4.2007

7 Vgl. die kommunalpolitische Leitlinien der Linkspartei, die einen ausdrücklichen Bezug zur Bürgergesellschaft haben, und damit einen etwas anderen Ansatz verfolgen, vgl. <http://sozialisten.de/politik/kommunal/index.htm>

8 Wahlanalyse ARD/Infratest dimap 13.5.2007

Der Wahlkampf der SPD begann sehr früh, war optisch dominierend und auf den Spitzenkandidaten und Bürgermeister Böhrnsen zugeschnitten. Die SPD legte sich nicht auf eine Koalitionsaussage fest. Sie versuchte durch professionell gestaltete Plakate die bei (ehemaligen) Volksparteien übliche Identität von Partei und Bundesland herzustellen – Slogan: „Echt Bremen“. Inhaltlich reduzierte sich vieles auf die Botschaft, mit der SPD werde schon alles nicht so schlimm kommen, man sei für Modernisierung und Gemeinwesen, für wirtschaftliches Wachstum und Zusammenhalt, für Lokalstolz und Weltoffenheit, für Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Die Performance erinnerte ein bisschen an den Schröder-Wahlkampf 2005, welcher davon geprägt war, dass man einen Oppositionswahlkampf machte, obwohl die SPD vorher, bzw. speziell in Bremen durchgängig seit 1945, Regierungspartei war.

Der Wahlkampf der in Bremen traditionell starken und im vorpolitischen und zivilgesellschaftlichen Raum gut verankerten Grünen war trotz der Tatsache, dass sie die letzten beiden Legislaturperioden die einzige Oppositionsfraktion waren, relativ wenig öffentlich wahrnehmbar. Sie verfügten über eine öffentlich als kompetent wahrgenommene Spitzenkandidatin und erreichten ein sehr gutes Ergebnis. Ihre strategische Orientierung auf „rot-grüne Koalition nur mit uns“ hatte Erfolg.

III. Das Wahlergebnis 2007

Die Wahlbeteiligung sank nochmals, und erreichte nun den Tiefstand von 57,6 Prozent (gegenüber 61,3 Prozent in 2003). Das bedeutet, dass nur noch 21 Prozent der Wahlberechtigten der SPD ihre Stimme gaben und knapp 15 Prozent der CDU. Die beiden Volksparteien werden also zusammen nur von einem guten Drittel der Wahlberechtigten gewählt. Nimmt man die Wahlberechtigten zur Grundlage, ergeben sich für die Grünen zehn und für DIE LINKE knapp fünf Prozent. Die Wahlergebnisse für Bremerhaven weichen teilweise deutlich ab, DIE LINKE erreichte hier 6,9 Prozent der abgegebenen Stimmen (SPD: 34,9, minus 2,0 Prozent; CDU 25,2, minus 6,6 Prozent; Grüne 12,0, plus 3,1 Prozent; DVU 5,4 Prozent; Bürger in Wut 4,9 Prozent; Alternative Linke 0,6 Prozent).

Die SPD verlor in einigen traditionellen Hochburgen weiter, bleibt aber in fast allen Stadtteilen weiterhin stärkste Partei. Insgesamt verlor sie über 22.000 Stimmen. Ihre stärksten Verluste in Bremen hatte sie in den innerstädtischen Quartieren, welche die Hochburgen der Grünen und der LINKEN sind. Es wählten relativ mehr Frauen als Männer die SPD, (40,0 zu 34,2 Prozent). Die SPD konnte in allen Altersgruppen Ergebnisse rund um den Landesdurchschnitt erzielen, das Spektrum reicht von 34,3 Prozent bei den 18 bis 24-

jährigen bis zu 39,9 Prozent bei den über 60-jährigen. Die Altersverteilung unter den WählerInnen der CDU sieht dagegen anders aus. Sie erreicht zwar im Land gut ein Viertel aller Stimmen, in allen Altersgruppen unter 60 Jahren erreicht sie aber nur einen Anteil von unter 20 Prozent. Darüber erreicht sie den überproportionalen Wert von 35,3 Prozent. Sie verdankt ihr Wahlergebnis also dem Umstand, dass der Anteil der älteren WählerInnen an allen WählerInnen ständig steigt, dass ältere Menschen überdurchschnittliche Werte bei der Wahlbeteiligung aufweisen und ihren weit überdurchschnittlichen Werten in dieser Altersgruppe. Die CDU ist sozusagen die älteste Partei Bremens – sie wird aber von Frauen wie Männern nahezu gleichmäßig gewählt. Setzt man die Selbstdarstellung als moderne Großstadtpartei, die jüngere WählerInnen ansprechen will, in Rechnung, so muss diese Altersverteilung als schwere Niederlage bezeichnet werden.

Ein ganz anderes Geschlechter- und Altersprofil weisen – wenig überraschend – die *Grünen* auf. Sie sind nun in einigen innerstädtischen Quartieren stärkste Partei (und nehmen dort diese Position der SPD ab). Sie erreichten im Landesdurchschnitt 16,4 Prozent und damit das beste Ergebnis, das Grüne je in ihrer Geschichte bei einer Landtagswahl erreichten konnten. Gerade die jüngeren WählerInnen haben den Grünen zum Erfolg verholfen. Ihren höchsten Anteil konnten die Grünen bei Frauen zwischen 18 bis 25 Jahren verbuchen (37,4 Prozent). Sie konnten auch in Bremerhaven ihren Stimmenanteil erhöhen (12,0 Prozent, 2003: 8,9 Prozent). Bei keiner anderen Partei ist der Unterschied des Ergebnisses zwischen Bremen und Bremerhaven so groß.

Die *rechtspopulistischen bis nazistischen Parteien* erlitten in der Stadt Bremen eine Niederlage, sie konnten nur in Bremerhaven relevante Ergebnisse erzielen. Aus Bremerhaven wird auch weiterhin die Deutsche Volksunion (DVU) einen Sitz in der Bürgerschaft haben (5,4 Prozent, 2.376 Stimmen), die rechtspopulistische Gruppierung „Bürger in Wut“, BIW) verfehlte einen Sitz nur um eine (!) Stimme (4,99 Prozent). Obwohl die DVU Stimmen verlor, ist das rechtspopulistische bis nazistische Potential in Bremerhaven immer noch zweistellig. Im Land Bremen sank der Stimmenanteil der rechtspopulistischen bis nazistischen Parteien von 19.518 Stimmen im Jahr 2003 auf nun 16.080 Stimmen⁹.

Werden SPD, Grüne und DIE LINKE zu einem „linken Lager“ zusammengezählt, so verfügen sie über gut 61 Prozent, das „schwarz-gelbe“ Lager ist so schwach wie schon seit über 40 Jahren nicht mehr, es verfügt nun über weniger als 32 Prozent der WählerInnen.

Zur Wahl der Stadtbürgerschaft, dem Stadtrat der Stadt Bremen, der aus den 68 stadtbremischen Abgeordneten

besteht, waren auch die Unionsbürger aufgerufen, also Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten. Die Wahlbeteiligung betrug hier gut 16 Prozent. DIE LINKE erreichte hier 10,4 Prozent und wurde überdurchschnittlich stark gewählt, die SPD 33,4 und die Grünen 21,8 Prozent¹⁰. Durch ihr überdurchschnittliches Ergebnis konnten die Grünen in der Stadtbürgerschaft sogar einen Sitz mehr erzielen, so dass dieses Gremium nun 69 Sitze umfasst.

Über das Wahlverhalten von Deutschen mit Migrationshintergrund ist im Gegensatz zu dem der EU-BürgerInnen nichts bekannt.

DIE LINKE

Bei der Bundestagswahl 2005 hatte DIE LINKE im Bundesland Bremen nach dem Saarland den höchsten Stimmenanteil in Westdeutschland erreicht. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 konnte DIE LINKE ihr prozentuales Ergebnis halten, verlor aber absolut über 6.700 Stimmen. Im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2003, als die PDS im Lande Bremen 1,7 Prozent erreichte, konnte die Stimmenanzahl von 4.927 auf 23.189 fast verfünffacht werden.

DIE LINKE gewann 2007 ihre Stimmen von der SPD (6.000), den „anderen Parteien“ (4.000, incl. DVU und ähnlichen), den NichtwählerInnen (3.000), den Grünen (3.000) und von neu nach Bremen zugezogenen (2.000), verlor aber im Vergleich zu 2003 1.000 Stimmen an die NichtwählerInnen¹¹.

Die Hochburgen der LINKEN liegen in Gebieten mit ganz unterschiedlicher Wahlbeteiligung.

Korrelation Hochburgen DIE LINKE und dazugehörige Wahlbeteiligung (in Prozent)

Stadtteil	LINKE	Wahlbeteiligung
1. Östliche Vorstadt	13,6	66,7
2a Neustadt	12,1	58,8
2b Mitte	12,1	58,8
4 Walle	11,9	54,3
5 Woltmershausen	10,4	53,7
6 Gröpelingen	10,3	44,1

Wie bei der Bundestagswahl 2005 lagen die Hochburgen der LINKEN dort, wo auch die Grünen ihre Hochburgen haben und zugleich in den alten Arbeiterquartieren, wo ebenfalls zweistellige Ergebnisse erzielt wurden. 2005 waren die Hochburgen der Linken die alten Arbeiterviertel und die innerstädtischen und innenstadtnahen Wohnviertel mit höherer formaler Bildung gewesen. Bei der Bürgerschaftswahl 2007 zogen nun die Wahlergebnisse der LINKEN allgemein ganz leicht an. Sie konnten in den Hochburgen der Grünen dieselben und teilweise

⁹ Ausführliche Informationen dazu unter http://www.bremen.anti-fa.net/enemy/wahl_2007_rueckblick.php

¹⁰ Vgl. Pressemitteilung des Landeswahlleiters vom 15.5.2007, www.statistik.bremen.de

¹¹ Wahlanalyse ARD/Infratest dimap 13.5.2007

noch bessere Ergebnisse erzielen als 2005.

Korrelation Hochburgen Grüne und Ergebnis DIE LINKE (in Prozent)

Stadtteil	Grüne	LINKE
1 Östliche Vorstadt	37,0	13,6
2 Mitte	31,6	12,1
3 Neustadt	25,4	12,1
4 Findorff	24,0	9,4
5 Schwachhausen	23,9	6,1

Die drei Hochburgen mit den höchsten Werten sind für DIE LINKE und die Grünen identisch, danach teilt es sich auf: Bei den Grünen kommen dann gutbürgerliche Viertel und für DIE LINKE die Gebiete, die bei der Bundestagswahl 2005 auch schon weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten.

DIE LINKE verfügt über eine relative gleichmäßige Verteilung der Stimmen über die verschiedenen Altersgruppen, einen Schwerpunkt gibt es bei den 35- bis 45-jährigen WählerInnen, in dieser Alterskohorte erreichte DIE LINKE 9,2 Prozent, in der Gruppe von 45 bis 60 Jahren 12,7 Prozent. Bei den Männern dieser Altersgruppen wurde der höchste Wert erreicht, er beträgt 14,9 Prozent.

Auf unterdurchschnittliche Resonanz stieß DIE LINKE dagegen bei Jugendlichen und Frauen. Wären am 13. Mai nur Frauen wahlberechtigt gewesen, hätte DIE LINKE nur 7,0 Prozent erreicht. Von allen WählerInnen zwischen 18 und 25 Jahren wählten nur 6,4 Prozent DIE LINKE. Bessere Werte erreichte DIE LINKE an anderer Stelle: Zwölf Prozent aller ArbeiterInnen, 13 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und 21 Prozent der Arbeitslosen wählten DIE LINKE¹².

Auf der Ebene der Ortsbeiräte gab es einen Linksruck. In 14 der 16 Beiräte, in denen DIE LINKE antrat, konnten die Grünen und DIE LINKE die Anzahl ihrer Sitze erhöhen. Die SPD verlor insgesamt sieben Sitze, die CDU 16, die Grünen gewannen acht hinzu, DIE LINKE 21¹³. Die Grünen sind mittlerweile in zwei Beiräten die stärkste Partei und in einem weiteren gleichauf mit der SPD.

IV. Perspektiven für DIE LINKE in Bremen

Das gute Wahlergebnis ist eine mehr als gute Ausgangsbasis für die Weiterentwicklung der LINKEN in Bremen und auch bundesweit. Es bürdet ihr aber auch eine große Verantwortung auf. Es ist noch offen, in welcher Weise sie dieser gerecht werden kann. Zu der Frage,

welchen Einfluss der konkrete Wahlkampf auf das Wahlergebnis überhaupt hat, liegen keine belastbaren Daten vor. Immer mehr WählerInnen entscheiden erst sehr spät über ihre Stimmabgabe, von den WählerInnen der LINKEN entschieden sich über 30 Prozent erst am Wahltag oder in den Tagen vorher für ihr Votum, bei den anderen Parteien sind die Werte ähnlich. Der Anteil der StammwählerInnen der LINKEN dürfte heute in Bremen bei 4 bis 5 Prozent aller WählerInnen liegen, also 10.000 bis 12.000 WählerInnen umfassen¹⁴.

Programme, für deren Erstellung sich DIE LINKE immer viel Zeit nimmt, wirken aber nachweisbar vor allem nach innen, nicht nach außen. Der Wahlkampf und dessen Vorbereitung stand zusätzlich in Wechselwirkung mit dem Parteibildungsprozess von Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE. Entsprechende gemeinsame Debatten der beiden Mitgliedschaften in Bremen zu Programm und Politik der neuen LINKEN mussten hinter den Ansprüchen und Notwendigkeiten des Wahlkampfes zurückstehen. Gleichwohl beflügelte und motivierte die Perspektive einer neuen gesamtdeutschen linken Partei viele der AktivistInnen. Die inner- und zwischenparteilichen Absprachen und Kompromisse erscheinen wenig belastbar, die beiden Mitgliedschaften noch nicht wirklich zusammengewachsen und personell eher dünn aufgestellt. So ist die auch von SympathisantInnen und Mitgliedern der LINKEN geteilte Einschätzung, dieses Ergebnis sei nicht wegen, sondern möglicherweise „trotz ihres Personals und ihrer politischen Kultur“ erzielt worden, ernst zu nehmen¹⁵.

Nach dem fast einhelligen Urteil der Parteienforschung ist in den traditionellen Parteien ein „neuer Typus von Mitgliedern“ auf dem Vormarsch, dem persönliche Ambitionen wichtiger sind als normative und affektive Bindungsmotive. In der Folge dominierten in den Parteien ressourcenstarke Bürger und die diversen Sozialprofile gleichen sich immer stärker an¹⁶. Diese Aussage trifft für DIE LINKE sicher nur eingeschränkt zu, da für ihre Mitglieder „normative und affektive Bindungsmotive“, wie Empörung oder Solidarität eine sehr wesentliche Rolle spielen. Man sollte diese Interessen potentieller MitstreiterInnen allerdings kennen und bedenken, will man die Organisations- und Personalentwicklung der LINKEN weiterführen, also auch AkteurInnen ansprechen, die für die flügel- und strömungsübergreifende machistische Ortsvereinskultur von Teilen der

12 Nach Wahlanalyse der Forschungsgruppe Wahlen, www.forschungsgruppe.de, 13.5.2007 und Wahlanalyse ARD/Infratest dimap 13.5.2007

13 Zahlen nach Weserkurier 15.5.2007

14 Die Wahlanalyse ARD/Infratest dimap gibt an, dass „5 Prozent bei jeder Wahl für DIE LINKE stimmen“ würden. Axel Troost (2007) schreibt dagegen ohne Quellenangabe „es gibt einen Kern von WählerInnen, der auf der Bundesebene um die 10 Prozent liegt, der der LINKEN die beste Vertretung ihrer Interessen zutraut“.

15 Frank Drieschner: Links, linker,..., in DIE ZEIT, 16.5.2007

16 Nach Biehl, Wiesbaden 2005

17 Zu den demokratie- und organisationstheoretischen Aspekten einer neuen LINKEN vergl. Christoph Spehr: Wem gehört die Partei? Moderne Linkspartei, offene Organisation, offener Sozialis-

neuen linken Partei wenig Zuneigung haben¹⁷. Dass DIE LINKE in Bremen einen hohen Bedarf an Entwicklung ihrer Partei hat, zeigt auch die bemerkenswerte Tatsache, dass in Bremen trotz der zeitgleichen Mobilisierung der Mitgliedschaft zum Wahlkampf die Beteiligung an der Urabstimmung zur Parteiverschmelzung deutlich unterdurchschnittlich war (mit 53,9 Prozent das zweitschlechteste Ergebnis in der Linkspartei.PDS, bei einem bundesweiten Durchschnitt von 96,9 Prozent; die Beteiligung in der WASG war insgesamt schwach mit gesamt 49,8 Prozent). Das Vorgehen, die Parteineubildung in Bremen durch gemeinsamen Wahlkampf statt Programm- und Satzungsdebatte zu gestalten, ist damit nur begrenzt erfolgreich gewesen.

Bremen war allerdings der erfolgreiche Wahlkampf einer Partei, die Franz Walter und andere beschreiben, immerhin hat ein Viertel aller WählerInnen in 2007 bei der Wahl 2003 noch SPD gewählt¹⁸: Die WählerInnen wollen den Sozialstaat erhalten, über die Frage inwieweit dies tatsächlich möglich oder wünschenswert ist, wird kaum (zumindest öffentlich) gestritten. Eine lebendige Mitgliederpartei hat DIE LINKE in Bremen derzeit nicht, dazu müssten alle Beteiligten stärker als bisher offensiv und dialogbereit innerparteilich und in die Gesellschaft hinein agieren. Die Partei braucht nun dringend weitere qualifizierte und engagierte Mitglieder, um den erhaltenen Vertrauensvorschuss auch politisch umsetzen zu können. Diese Akteure, und erst recht Akteurinnen, kann sie mit der derzeitigen kulturellen Grammatik ihrer Organisation kaum gewinnen. In einer „liberalen Großstadt“ wie Bremen reicht es – wenn man neue Mitglieder für die Partei gewinnen will – eben nicht aus, sich vorrangig an ModernisierungsverliererInnen zu orientieren.

Was heißt es für eine linke Partei, Ansprechpartnerin für sozial Schwache und sozial Ausgegrenzte sein? Wie ist es möglich, auch sozial Schwache und Ausgegrenzte, politisch Bindungslose so zu integrieren, dass sich daraus eine Partei entwickelt, die gleichzeitig auch für das sozio-diskursive und modern-urbane Milieu attraktiv ist? Wie lassen sich diese mindestens zwei sozialen und kulturellen Standbeine in einer Partei zusammenbringen und dann zusammenhalten? Vor dieser Aufgabe steht DIE LINKE in Bremen – und anderswo. Sicher brauchen diejenigen, die über kein oder wenig wirtschaftliches, kulturelles oder auch gesellschaftliches Kapital verfügen, kollektive Sicherungsformen. Es geht aber auch darum, diejenigen für ein linkes Projekt zu gewinnen, die „etabliert“ oder bislang nicht von Armut betroffen sind oder ein geringes Einkommen durch „Selbstverwirklichung“ ausgleichen. Die Hegemonie in

mus, in Brie/Hildebrandt: Parteien und Bewegungen, Berlin 2006, S. 44-57 (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/texte30.pdf)

18 Vgl. Tim Spier et. al, Wiesbaden 2007 und jetzt Franz Walter: Die neue alte Linke, SPIEGEL online, 14.5.2007

der heutigen Gesellschaft geht eben nicht mehr nur von der „Arbeit“ aus – und selbst in der Arbeitswelt muss eine zukunftsfähige Linke an die dort mittlerweile vorhandenen Formen von Subjektivität, Selbstorganisation und Selbststeuerung kritisch, aber positiv anknüpfen.

DIE LINKE war und ist stark in umverteilungspolitischen Fragen und in denen der Arbeitswelt. In biopolitischen Fragen, also solchen der „Produktion des Lebens“ bzw. solchen der Lebenswelt, ist sie bislang schwach¹⁹. Diese Themen, die früher „weiche Themen“ hießen bzw. von Gerhard Schröder noch als „Gedöns“ abqualifiziert wurden, stellen die neuen wichtigen Konflikte, zumindest in größeren Städten dar: Familie, Ehe, Kinder, Bildung, Gesundheit und Integration. Diese Schwäche ist nur ein Aspekt dessen, dass der LINKEN eine eigene *Erzählung* fehlt²⁰. Eine eigene Erzählung und Deutung, die sich vom alten sozialdemokratischen Paradigma unterscheidet, und die Utopie eines modernen urbanen und solidarischen Lebens aufscheinen lässt: Eine Utopie, welche auch für die in den sozialen Bewegungen sachkundig engagierten Menschen attraktiv ist. Ein Leitbild, welches DIE LINKE in Zukunft, angesichts eines möglichen Linksschwenks der SPD und im Gewimmel von drei mehr oder minder sozialdemokratischen Bremer Parteien (SPD, CDU, LINKE), deutlicher hervortreten lässt²¹. Nur so lässt sich im medialen Kampf um Aufmerksamkeit in einem Pop-Kapitalismus, der permanent und zielstrebig Abweichung, Widerstand und die Kritik an ihm als Motor für seine Innovationen benutzt, politisch überleben. Für das Thema Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit droht die alters- und geschlechterstrukturelle Schiefelage der LINKEN dagegen zur Belastung zu werden. DIE LINKE als Partei der 40 bis 60-jährigen Männer, die ihre von der Modernisierung hinweggefegte bzw. in Frage gestellte soziale Position wahren oder zurückhaben wollen, reicht unter der Zielperspektive einer breiten gesellschaftlichen Verankerung in verschiedenen Milieus nicht aus. Dabei ist die besondere Situation Bremens in Rechnung zu stellen: Es ist das kleinste Bundesland, das sich immer noch mitten im durch den „Stalinismus“ der SPD verzögerten Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft befindet. Nicht zuletzt ist der Stadtstaat trotz diverser Sparmaßnahmen durch eine immense Verschuldung und eine breite Kluft zwischen Arm und Reich gekennzeichnet. – Insofern erlauben wir uns hinter der Erfolgsmeldung,

19 Dass den „biopolitischen“ Fragen und Konflikten eine wachsende, wenn nicht wahlentscheidende Bedeutung zukommt, haben CDU gezwungenermaßen und (natürlich) Grüne schon länger erkannt.

20 Dies zeigt sich z.B. beim Mindestlohn, wo die LINKE schon in die Bredouille kommt, wenn die SPD diesen auch fordert. So leicht sollte man anderen den Themenklau nicht machen.

21 Zum Verhältnis von alten und neuen sozialen Bewegungen vergl. Bernd Hüttner: Anerkennung, Umverteilung, Gerechtigkeit. Probleme einer postfordistischen Linken, in UTOPIE kreativ H. 188, 2006 (www.utopiekreativ.de)

dass mit der Bremer Bürgerschaftswahl DIE LINKE nun im Westen angekommen sei, noch ein kleines Fragezeichen: Es bleibt zu fragen, inwieweit die Bremer Situation überhaupt auf andere westliche Bundesländer übertragbar ist.

Offen bleiben muss an dieser Stelle, ob die LINKE wirklich die unter Vierzigjährigen und ihre politische Kultur braucht, sie haben will, ja sie überhaupt integrieren kann. Wahlen gewinnen kann man mittelfristig auch ohne diese AkteurInnen und ihre thematischen und persönlichen Zugänge – um kompetente neue MitstreiterInnen zu gewinnen, muss man aber auf diese zugehen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Anteil derjenigen, die in der LINKEN eher für „Starrsinn, Lernunfähigkeit, schnöde Besitzstandsverteidigung“ (Franz Walter) stehen, oftmals größer zu sein scheint, als der derer, die für "einen altersmilden, reflexiven, wertorientierten Solidarismus" (Franz Walter) stehen. Dieser „Solidarismus“ ist sicher nicht das Nonplusultra einer zeitgemäßen linken Politik, könnte sich aber durchaus als ein geeigneter Andockpunkt für jüngere moderne Linke herausstellen.

Wenn Franz Walter weiter schreibt, dass die Parteien allgemein der gesellschaftlichen Realität, sprich der kulturellen Modernisierung, hinterherhinken würden, so trifft dies auch auf DIE LINKE zu. Innenpolitische Themen wie Geschlechterfragen, Antirassismus und Integration, Vielfalt von Lebensstilen, die Anliegen sexueller Minderheiten sind sehr wichtig: Zum einen wahrarithmetisch im Sinne eines bislang unterdurchschnittlichen elektoralen Zuspruchs von Seiten Jugendlicher und Frauen. Zum anderen in dem Sinne, dass ein erweiterter und neuer Begriff von Gerechtigkeit sich heute unhintergebar genauso über diese biopolitischen Themen herstellt, und nicht allein über monetäre Umverteilung²². Drittens geht es bei der Frage nach der Verankerung der benannten Themen in der Politik der LINKEN sehr wesentlich um deren Glaubwürdigkeit gegenüber Dritten und weniger darum, unmittelbar Betroffene als WählerInnen zu gewinnen. Der Einsatz insbesondere für Minderheiten und Bürgerrechte ist ein zentrales Beispiel, an welchem potentielle WählerInnen, die selbst an dieser Stelle gar nicht „Betroffene“ sind, und JournalistInnen und andere MultiplikatorInnen sehr genau beobachten und entscheiden, inwieweit sie der LINKEN Glaubwürdigkeit zugestehen wollen. Solch eine Sichtweise wäre auch in der Bremer LINKEN stärker zu verankern. DIE LINKE hat hier noch zu wenig Verankerung unter MultiplikatorInnen oder im vorpolitischen Raum, wo sich genau die Menschen

engagieren, denen die gerade genannten Anliegen und Werte wichtig sind. Eine solche Verankerung im zivilgesellschaftlichen Raum braucht eine Partei, erst recht in westdeutschen Großstädten, wenn sie nicht (bestenfalls) zur reinen Medienpartei werden will. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass in Bremen – entgegen des klassischen Bildes vom „roten Bremen“ – die berühmte Liberalität während der Innenpolitik der Großen Koalition in den 1990 Jahren längst ihr Ende gefunden hat. Die Universität wurde mittlerweile völlig umgestaltet und von jeglichen Reformansätzen der Gründungszeit entäußert; die gewerkschaftliche Linke ist verhältnismäßig schwach und zugleich ist derzeit wenig Widerstandsbereitschaft in den Betrieben vorhanden. Die Hegemonie der SPD in den lokalen Gewerkschaften zeigt erst kleine Risse. Die viel zitierten sozialen oder außerparlamentarischen Bewegungen sind jenseits der radikalen Linken derzeit schwach aufgestellt.

Die Bürgerschaftsfraktion kann ein schwergewichtiger Player im lokalen linken Feld sein und neue Möglichkeiten für linke Politik in Bremen eröffnen. Sie sollte mit den vielfältigen Protestbewegungen und Organisationen, die für soziale Gerechtigkeit in dem zuvor angedeuteten erweiterten Sinne eintreten, zusammenarbeiten, und die Möglichkeiten parlamentarischer Opposition weder über- noch unterschätzen. Die parlamentarischen Möglichkeiten der LINKEN hängen weitgehend davon ab, ob und dass sich in der Gesellschaft politischer Druck durch soziale und politische Bewegungen sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure entwickelt, wozu DIE LINKE ihren Teil beitragen kann und sollte. Zugleich muss DIE LINKE sich ihrer Rolle als Partei bzw. Fraktion immer bewusst sein, und diese nicht mit der Funktion der zivilgesellschaftlichen Akteure und Protestbewegungen verwechseln: Auch eine Oppositionspartei kann keine soziale Bewegung sein; Formen produktiver Arbeitsteilung und gegenseitiger Achtung sind gemeinsam mit den genannten Akteuren zu entwickeln.

Die Fraktion sollte die benannten Stammthemen der LINKEN schnell öffentlich wahrnehmbar bearbeiten und alternativprogrammatisch vertiefen; dies ist unverzichtbar, um die Erwartungen der WählerInnen der Opposition einzulösen. Gleichzeitig muss DIE LINKE ihre thematische bzw. programmatische Erweiterung fortsetzen, um diese Wählerschichten zu halten, und wichtiger, neue zu gewinnen. Hier sind vor allem die Themen Frauen, Geschlechtergerechtigkeit, Jugend, Migration und Integration wichtig.

Bremen war das nicht positiv genug einzuschätzende Signal, dass „es geht“ – was aber nicht bedeutet, dass DIE LINKE jetzt oder in den letzten drei Jahren automatisch alles richtig gemacht hätte und nun ein Bremer Erfolgsmodell als Kopiervorlage bereitstünde. Die

22 Die Gerechtigkeitsfragen sind biopolitisch durchzubuchstabieren und genauso umgekehrt. Hier ist noch viel konzeptionelle Arbeit zu leisten, vgl. Boltanski 2007, der darstellt, dass die Links-Rechts-Achse bei biopolitischen Themen umgekehrt verläuft, als bei „ökonomischen“ Themen.

Chancen der LINKEN bei den Wahlen in anderen westlichen Bundesländern aus dem Bremer Ergebnis abzuleiten, ist problematisch, da Hessen bedeutend anders ist als Baden-Württemberg oder Niedersachsen, und ein Flächenland etwas grundsätzlich anderes als ein Stadtstaat. Das wahlpolitische Ziel für DIE LINKE in Bremen kann nur sein, bei der nächsten Bundestagswahl ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen. Soviel Optimismus muss sein.

Bremen, Juni 2007

Literatur

- Heiko Biehl: Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005
- Joachim Bischoff: Zwischenetappe oder historischer Sieg für DIE LINKE:?, in Sozialismus, Heft 6/2007, Hamburg, S. 2-5
- Luc Boltanski: Leben als Projekt. Prekarität in der schönen neuen Netzwerkwelt, in polar, Heft 2, 2007, S. 7-13 (online unter www.polar-zeitschrift.de)
- Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3/2006, S. 523-538
- Lothar Probst: Vorwahlenanalyse zur Bürgerschaftswahl in Bremen 2007, Ms., Bremen, März 2007 (online unter www.lotharprobst.de)
- Hans Rattinger, Zoltan Juhasz: Die Bundestagswahl 2005. Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager, München 2006
- Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus, Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007
- Statistisches Landesamt Bremen: Bundestagswahl am 18. September 2005, Analysen, Daten, Fakten, Statistische Mitteilungen, Heft 108, Bremen, September 2005
- Statistisches Landesamt Bremen: Bürgerschaftswahl am 12. Mai 2007, Analysen, Daten, Fakten, Statistische Mitteilungen, Heft 110, Bremen, Mai 2007
- Axel Troost: Landtagswahlen in Bremen – Riesengroßer Erfolg für DIE LINKE, Ms., 16. Mai 2007, (online unter www.axel-troost.de)

Autoren

*Bernd Hüttner, geb. 1966, Politikwissenschaftler, Regionalmitarbeiter Bremen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Kontakt: huettn@rosalux.de*

*Norbert Schepers, geb. 1968, Politikwissenschaftler, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Initiative (Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen).
Kontakt: norbert@schepers.info*

In diesem Jahr bereits erschienene »Standpunkte«:

Standpunkte 1/2007

Reiner Zilkenat

Neues zum Antisemitismus – Zustände in Deutschland

Standpunkte 2/2007

Dieter Klein, Michael Brie

Elementare Fragen neu bedenken.

Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung

Standpunkte 3/2007

Klaus Lederer

Der „Fall“ Sparkasse Berlin:

Lackmustest für die Glaubwürdigkeit einer neuen Linken

Standpunkte 4/2007

Jörn Schütrumpf

Rosa Luxemburg, die Patin des Terrors?

Standpunkte 5/2007

Judith Dellheim

Bedarfsorientierte Soziale Grundsicherung versus Bedingungsloses Grundeinkommen

Standpunkte 6/2007

Ulrich Brand

Die »grün« muss die Linke sein? Zur Frage der Gerechtigkeit: Verkürzungen der aktuellen Klimadebatte und herrschender Nachhaltigkeit

Standpunkte 7/2007

Ulrich Schachtschneider

Wie »grün« muss die Linke sein? »Grün« muss links sein!

Standpunkte 8/2007

Werner Ruf

Islamische Bedrohung?

Standpunkte 9/2007

Lutz Brangsch, Michael Brie

In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele

Eine gescheiterte Strategie

Standpunkte 10/2007

Peter Birke, Bernd Hüttner

Brennend aktuell: die »1968er Jahre« in historisch-politischer Perspektive

Alle »Standpunkte« unter www.rosalux.de